



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 11. Februar 2016
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die

*122. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 10. Februar 2016, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 14:05 Uhr

Zum Antrag der Fraktion der CDU, **Justiz im Land stärken - Effektive Strafverfolgung sichern**, [Drucksache 18/3730](#) (neu), nahm der Ausschuss einen Bericht der Justizministerin entgegen. An den Bericht schloss sich eine Aussprache an.

Auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, [Umdrucke 18/5611](#) und [18/5612](#), nahm der Ausschuss einen **Bericht des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten über die Kündigung der bestehenden Verträge mit der Firma Secura Protect Nord GmbH über Sicherheitsdienstleistungen in Flüchtlingsunterkünften** entgegen. An den Bericht schloss sich eine Aussprache an. Das Ministerium sagte zu, noch offene Fragen schriftlich zu beantworten.

Weiter nahm der Ausschuss auf Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/5608](#), einen **Bericht des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten zur Spontandemonstration gegen die Räumung der Luftschlossfabrik** entgegen, an den sich eine Aussprache anschloss. Das Ministerium sicherte zu, den Ausschuss beizeiten über weitere Einzelheiten des Polizeieinsatzes sowie über das Ergebnis der Ermittlungen zu informieren.

Zum **Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug der Freiheitsstrafe in Schleswig-Holstein und zur Schaffung eines Justizdatenschutzgesetzes**, [Drucksache 18/3153](#), beschäftigte sich der Ausschuss mit einem Verfahrensantrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/5604](#). Der Ausschuss richtete an die Landesregierung die Bitte, die in der Begründung des Gesetzentwurfs enthaltene Kostenrechnung sowie Angaben zum Verwaltungsaufwand zu aktualisieren. Der Ausschuss fragt die Landesregierung, ob der Entwurf eines Resozialisierungsgesetzes in Vorbereitung ist.

Über den **Entwurf eines IT-Gesetzes für die Justiz des Landes Schleswig-Holstein (IT-Justizgesetz - ITJG)**, [Drucksache 18/3224](#), führte der Ausschuss eine mündliche Anhörung durch.

Mit dem Präsidium der **29. Veranstaltung „Jugend im Landtag“**, [Umdruck 18/5325](#), diskutierte der Ausschuss abschließend über die Beschlüsse des Jugendparlaments. Der Ausschuss überweist sie an die Fraktionen mit der Bitte, gegebenenfalls daraus parlamentarische Initiativen zu entwickeln.

Zum Themenkomplex **Änderung wahlrechtlicher Vorschriften**, [Drucksachen 18/3537](#), [18/3587](#), [18/3588](#), [18/3539](#) und [18/3559](#), sowie zum **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften**, [Drucksache 18/3500](#), beschloss der Ausschuss jeweils die Durchführung einer mündlichen Anhörung. Die Benennung der Anzuhörenden durch die Fraktionen soll innerhalb von zwei Wochen erfolgen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW bei Enthaltung der Stimme der PIRATEN empfahl der Ausschuss dem Landtag, in den beiden **Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht zum Landesplanungsgesetz**, [Umdrucke 18/5576](#) und [18/5577](#), keine Stellungnahme abzugeben.

Schluss: 17:45 Uhr

gez. Dörte Schönfelder